Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 24.03.2021**
Beginn:	**18:40 Uhr**
Ende	**21:10 Uhr**
Ort, Raum:	**Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler
Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Michael Wenz

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Peter Kiesinger
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Herr Benedikt Kleiner
Frau Petra Goldschmidt
Herr Ronald Knackfuß
Herr Thomas Anderer
Herr Joachim Guthmann

Sachverständige

Abwesend:

Freie Wähler
Herr Alexander Bodemer **entschuldigt**

CDU
Herr Nicki Konstandin

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther **entschuldigt**
Frau Sabine Kronenwett **entschuldigt**

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung über Vergaben zur Breitbanderschließung**
Vorlage: 60/1082/2021

4 **Informationen/Rückfragen zur ÖPNV Direktbeteiligung**
Vorlage: 10/1088/2021

5 **Erlass einer Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanverfahrens "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/1083/2021

6 **Beratung und Beschlussfassung Beschaffung Leihgeräte für Lehrkräfte (Programm/Vereinbarung Digitalpakt Schule 2019/2024)**
Vorlage: 10/1078/2021

7 **Genehmigung von Protokollen**

8 **Verschiedenes**

9 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 16.03.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 26 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

1.1 Informationen zu Corona

Der Vorsitzende informiert zum Thema Corona. In Sachen Testangebot habe man nach Abstimmung mit den Schulleitern und Elternbeiratsvorsitzenden einen Brief an alle Schulen geschickt. Man wolle allen Schülerinnen und Schülern Schnelltests ermöglichen. Diese sollen allerdings über die Eltern zuhause durchgeführt werden. Ein großes Problem sei allerdings die begrenzte Liefermöglichkeit von Testkits. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert, dass das Testzentrum seit 16. März eingerichtet und mittlerweile voll ausgelastet sei. Durch Vorgaben des Landes sollen zusätzliche Tests von Schülerinnen und Schülern gemacht werden. Bei 2.500 Schülerinnen und Schülern bedeute dies bei zweimaligen Tests pro Woche einen Bedarf von 5.000 Testkits pro Woche. Das Material sei bestellt, komme allerdings nicht in dem Maß. Es gebe massive Lieferprobleme. In Absprache mit den Schulleitern hoffe man, die eingehenden Testkits für die Ferienzeit ausgeben zu können. Er hoffe auf Nachschub nach Ostern.
Der Vorsitzende teilt mit, dass mittlerweile Termine für die mobilen Impfteams in den Ortsteilen zustande gekommen seien bzw. zur Zeit noch endgültig in der Terminierung sind. Man wird in allen Ortsteilen entsprechende Termine anbieten.

1.2 Arbeitsgruppe Sanierung Schulzentrum Karlsbad

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Ausschuss für die Sanierung des Schulzentrums zwei Vergaben getätigt habe. Die Arbeitsgruppe Sanierung Schulzentrum Karlsbad hat die Auftragsvergabe für das Gewerk Parkettarbeiten Musiksaal an die Fa. Bembe GmbH, 76344 Eggenstein, zum Bruttoendpreis von 25.522,41 € sowie die Auftragsvergabe für das Gewerk Estricharbeiten 1. TA (Musikräume) an die Fa. Karadag, 76437 Rastatt, zum Bruttoendpreis von 24.326,04 € beschlossen. Insgesamt befände sich die Maßnahme sowohl zeitlich als auch von der Ausschöpfung des finanziellen Rahmens auf einem guten Stand. Für die Besetzung der Stelle des zweiten Konrektors der Realschule sei eine Personalentscheidung gefallen. Die Gemeinde Karlsbad müsse für ihn noch baulich ein zusätzliches Büro in der Schule schaffen. Durch die derzeit laufende Sanierung muss der Verwaltungstrakt neu aufgestellt werden, durch den jetzt gemeldeten zusätzlichen Platzbedarf werden höhere Ausgaben von rund 80.000,-- Euro erforderlich, da dies bei der Sanierung nicht eingeplant war. Insoweit wird man nun gemeinsam mit dem Architekten unter Einbeziehung der Realschule nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Fotovoltaikanlage ehemalige Hausmülldeponie

Grin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt nach, ob es neue Erkenntnisse in Sachen Fotovoltaik auf der ehemaligen Hausmülldeponie in Karlsbad-Ittersbach gibt. Der Vorsitzende antwortet, dass er Herrn Bartel zu dem Thema Fotovoltaikanlage ansprechen werde.

2.2 Kita-App

GRin Heike Christmann fragt sie nach dem Grund der Ablehnung einer App für den Pestalozzi-Kindergarten. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass er sich in der App-Sache über den aktuellen Sachstand kundig machen müsse.

2.3 Corona-Impfung von nicht mobilen älteren Menschen
Darüber hinaus will sie wissen, wie kranke, nicht mobile ältere Menschen zum impfen kämen. Könnten sich diese nur an den Hausarzt wenden? Der Vorsitzende sieht bei den älteren, nicht transportfähigen Menschen als Impfmöglichkeit nur den Hausarzt als Ansprechpartner. Dieser wird die Patienten im Rahmen eines Hausbesuches impfen.

2.4 Teststrategie der Gemeinde an Kitas
GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) erkundigt sich nach der Teststrategie und will wissen inwieweit über die Schulen hinaus die Kindergärten / Kitas berücksichtigt werden. HAL Kleiner antwortet, dass es sich um ähnliche Zahlen wie bei den Schülern handelt. Das Personal in den Einrichtungen werde bereits getestet. Die Kinder könnten sich ebenfalls testen lassen, man habe auch hierfür Testkits bestellt. Die Tests werden dann vermutlich zuhause laufen.

2.5 Kernzeitunterricht in Corona-Zeiten
GR Norbert Ried (CDU) sagt, dass er eine besorgte Anfrage eines Kernzeit-Vaters erhalten habe. Dieser sorge sich um “durcheinandergewürfelte” Kernzeit-Gruppen und um beengte Räumlichkeiten in den Schulen ohne ausreichenden Mindestabstand. HAL Kleiner erläutert dazu, dass es von der personellen Ausstattung der Kernzeit nicht anders machbar sei, als bestimmte Jahrgänge gemeinsam zu betreuen. Man praktiziere dies jedoch nur im absolut notwendigem Umfang. Bezüglich der Räumlichkeiten und dem Mindestabstand hätten die Lehrerinnen und Lehrer alle Möglichkeiten, dies eigenverantwortlich vor Ort zu gestalten.

2.6 Testangebote und infizierte Personen an den Schulen
GR Günter Denninger (CDU) teilt mit, dass ihn eine Mutter angerufen und gefragt habe, warum Karlsbad nicht wie in Ettlingen mehr in Sachen Testangebote machen könne. Der Vorsitzende bemerkt, dass man mit den Schulleitern und Eltern an dem Thema arbeite. Die Eltern sollten wenn möglich jedoch zuhause testen um die Infektionen frühzeitig feststellen zu können. Problematisch seien momentan die fehlenden Lieferungen bestellter Testkits.

GR Reinhard Haas (SPD) fragt, ob es über einen bekannten Corona-Fall in der Grundschule Langensteinbach hinaus weitere Fälle an Schulen gebe. HAL Kleiner sagt, dass es nach Kenntnis der Gemeinde nur diesen einen Fall gebe.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über Vergaben zur Breitbanderschließung Vorlage: 60/1082/2021

Landkreis-Dezernent Ragnar Watteroth und kaufmännischer Geschäftsführer der BLK wird vom Vorsitzenden als Vortragsgast begrüßt.

Der Vorsitzende erläutert kurz das Thema. Man wolle das gesamte Gewerbegebiet Stöckmädle angehen und die Anschlüsse ausbauen. Die Strategie der Gemeinde sei bisher, dort auszubauen und Anschlussmöglichkeiten anzubieten, wo kommunale Baumaßnahmen laufen. Weiterhin könnte ein Ausbau erfolgen, wenn mehrere Interessenten sich zusammenschließen und Bedarf anmelden. Wenn es – drittens – Fördermöglichkeiten gibt, baue man ebenfalls aus.

Ragnar Watteroth erläutert anhand eines Powerpoint-Vortrages den Sachstand. Die Pandemie habe zu eklatanten Zuwächsen bei der Netzlast u.a. durch Home-Office und Home-Schooling geführt und die Entwicklung gehe weiter. Bis Februar habe man folgenden Ausbaustand in Karlsbad erreicht: 49 PoPs inkl. erster Erweiterung sind errichtet, 112 Kabelverzweiger (KVz) online, 508 km LWL-Faserpaarlänge angepachtet, 80 km FTTB Trassen verlegt, 5.380 beauftragte Hausanschlüsse und 3.564 bereits gebaute Hausanschlüsse. Die Vertragszahlen stiegen und insgesamt seien 17.000 Kunden erreichbar. In Langensteinbach seien die Schulen und das Krankenhaus angeschlossen. Erfreulich sei, dass die Betreiberentgelte – momentan rund 24.000 Euro im Jahr – nach und nach die Betriebskosten des Netzes tragen. Im Stöckmädle sei geplant, dass ein Generalübernehmer nach einer europaweiten Ausschreibung die Maßnahme plane und ausführe. Vorteilhaft sei, dass dadurch ein fertiges Netz entstehe. Die Vergabe der Maßnahme sei für den 8. Mai geplant. Die prognostizierten Kosten seien alle förderfähig und man rechne mit einem Fördersatz von 90 Prozent der Kosten. Die Landkreis-Gesellschaft BLK mache dies im Auftrag der Gemeinde. Auch für andere Landkreisgemeinden übernehme die BLK solche Aufgaben. Ziel des Landkreises sei, bis 2025 jedem Einwohner einen leistungsfähigen Glasfaseranschluss zur Verfügung zu stellen.

Ergänzende Teilinfo der Vorlage: Die Gemeinde Karlsbad hat im Jahr 2019 einen Förderantrag vom FTTB/H-Ausbau Gewerbegebiet Stöckmädle/Karlsbad über den Landkreis Karlsruhe beim Bund gestellt, und mit vorläufigem Bescheid vom 08.06.2020 eine Förderzusage für ein Betreibermodell nach der Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaues in der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die Co-Finanzierung des Landes Baden-Württemberg wurde hierzu ebenfalls mit Bescheid vom 01.03.2021 bewilligt. Basierend auf der zugrunde liegenden Kostenschätzung mit Kosten von ca. 1,5 Millionen Euro beträgt die vorläufige Zuwendung somit 1.350.000 Euro. Von den Gesamtkosten für den FTTB/H-Ausbau hat die Gemeinde Karlsbad folglich rund 10% der förderfähigen Ausgaben (ca. 150.000 Euro) zu tragen. Die restlichen förderfähigen Ausgaben werden voraussichtlich über die beiden Förderprogramme des Bundes und des Landes Baden-Württemberg getragen.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) signalisiert Zustimmung, es gehe bei dem Thema weiter voran. GR Roland Rädle (CDU) bewertet das Projekt als grundsätzlich gutes Signal auch für die Gewerbetreibenden. Man solle den Förderschwung mitnehmen. Er bittet den Vorsitzenden um eine kurze digitale Inforunde vor der Vergabe. Der Vorsitzende sagt dies zu. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) findet das Vorhaben ebenfalls gut und ergänzt, das ein flächendeckender Ausbau gleichfalls gut wäre. GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass es überfällig war, das Gewerbegebiet auszubauen. GR Michael Nowotny (SPD) verweist darauf, dass die Firmen zunehmend mit Homeoffice planen und so mehr Bedarf im Leitungsbereich entstehe. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) kritisiert anhand praktischer Beispiele, dass die Reaktionszeiten bei Innexio auf Kundenanfragen zu lange seien. Dezernent Watteroth und der Vorsitzende bitten um konkrete Einzelfallangaben um hier für Abhilfe sorgen zu können.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle Herrn Bürgermeister Jens Timm ermächtigen, bei Vorlage der Ergebnisse der europaweiten Ausschreibung für das Gewerbegebiet Stöckmädle/Karlsbad alle zur Auftragsvergabe notwendigen Entscheidungen umsetzen zu können.

Einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Informationen/Rückfragen zur ÖPNV Direktbeteiligung Vorlage: 10/1088/2021

Der Vorsitzende sagt, dass man sich schon wiederholt mit dem Thema beschäftigt habe. Im Rahmen der Haushaltsberatungen bzw. der Beratung und Beschlussfassungen zum Jahresabschluss wurden im Gremium mehrfach die Höhe der ÖPNV Umlage kritisiert.
Insbesondere wurden in diesem Zusammenhang die Konsequenzen, bzw. Auswirkungen von geringerer Bedienungsqualität auf die zu zahlenden Beträge, aber auch die evtl. anstehenden Nachzahlungen aus Vorjahren angesprochen. Die entsprechenden Unterlagen des Verwaltungsausschusses des Landkreises wurden dem Gemeinderat zuletzt am 12.12.2018 zur Verfügung gestellt.
Zusätzlich entstanden Bedenken bezüglich des anstehenden Ausbaus der Schienenhaltepunkte, nicht nur in Bezug auf die Kostensituation, sondern auch durch die zeitliche Verzögerung, die bislang schon eingetreten ist, generell die Frage nach den geplanten Ausbauzeiten.

Dezernent Ragnar Watteroth erläutert das Thema anhand einer Powerpointpräsentation.
Der Landkreis gebe alleine für den laufenden Betrieb des ÖPNV jährlich über 47 Millionen Euro aus (Zahlen von 2019). Die ÖPNV-Aufwendungen werden zur Hälfte vom Landkreis getragen. Die andere Hälfte wird von den Städten und Gemeinden nach deren Bedienungshäufigkeit (An- und Abfahrten) anhand eines Prozentsatzes direkt finanziert. Dieser ergibt sich aus dem Anteil der jeweiligen Bedienung, gemessen an allen An- und Abfahrten im Landkreis Karlsruhe. Des Weiteren werden je nach Art des Verkehrsmittels Qualitätsfaktoren berücksichtigt. Für Karlsbad betrage die so errechnete Direktbeteiligung 2021 725.025 Euro. Diese Kosten enthielten nicht die geplanten Ausbauten zur Barrierefreiheit der Bushaltestellen.

Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen
Das Personenbeförderungs-Gesetz (PBefG) gebe als Zielsetzung eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr 2022 vor. Adressat seien zunächst die Aufgabenträger im ÖPNV, die einen Nahverkehrsplan (NVP) zu erstellen hätten. Diesen habe der Landkreis Anfang 2020 in einer Vorlage umgesetzt. Bei den Bushaltestellen sei gesetzlich geregelt, dass die Kosten des Ausbaus der Barrierefreiheit demjenigen zur Last fallen, der für die Unterhaltung der Straßen zuständig ist. Dies wären beispielsweise bei Kreisstraßen der Kreis, bei Landesstraßen das Land und bei Gemeindestraßen die Gemeinde. Nach der Info der Städte und Gemeinden im Frühjahr 2020 und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange soll der Kreistag noch 2021 einen Beschluss fassen, den Nahverkehrsplan fortzuschreiben. Das Thema solle zentral durch den Landkreis Karlsruhe für die Städte und Gemeinden mit der AVG umgesetzt und abgerechnet werden. Zum barrierefreien Ausbau gehörten auch die Informationsquellen an den Haltestellen, bspw. die digitale Anzeigesysteme an den Haltestellen. 2021 gebe es bereits im Landkreis konkrete Haltestellenumbauvorhaben. 2022 sollen sich der Landkreis und die AVG bezüglich der weiteren Haltestellenumbauten abstimmen und Pläne zum Umsetzen erarbeiten.

Lärm durch Schienenfahrzeuge der AVG

Die Lärmsituation in Karlsbad-Ittersbach werde, so Watteroth, optimiert. Konkret soll der Rad-Schienen-Kontakt bei den Fahrzeugen verbessert werden. Bei den auf dem Dach der Bahnen befestigten Klimaanlagen habe man schon die Lärmemissionen reduzieren können. Man wolle insgesamt deutlich weniger Lärm produzieren. Allerdings seien „Nullemissionen" vor allem an den Wendepunkten nicht möglich.

Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Schienenpersonenverkehrs in Karlsbad
Hier verbessere sich die Situation ebenfalls, so Watteroth. Die AVG habe eine Ausbildungsoffensive gestartet um mehr Fahrerinnen und Fahrer gewinnen zu können. Von Januar bis Dezember 2020 seien 94 Prozent der Stadtbahnlinien S1/S11 mit einer Verspätung von maximal 3 Minuten noch pünktlich gewesen. Geplant war hierfür als internes Ziel 90 Prozent. 97,6 Prozent der Züge seien noch mit Verspätungen bis zu 5 Minuten pünktlich gewesen, dies bei einem internen Ziel von 96 Prozent. Auch bei der Zuverlässigkeit der Stadtbahnlinien habe man die ungeplanten ad-hoc-Fahrtausfälle stärker als geplant reduzieren können.
Corona
Im Jahr 2020 habe man von März bis Juli als Auswirkung der Corona-Pandemie einen Fahrgastrückgang um bis zu 75 Prozent verkraften müssen. Insbesondere bei den VBK seien Fahrpläne ausgedünnt worden. Baubedingt musste im August ein großer Teil des Betriebs zwischen Busenbach und Bad Herrenalb über mehrere Wochen eingestellt werden. Im November und Dezember 2020 führte der neuerliche Lockdown ab Anfang November und verschärft ab 16. Dezember erneut zu einem massiven Fahrgastrückgang. Dies wirkte sich auch auf die Pünktlichkeit aus.

Finanzielle Entlastung der Fahrgäste
Kosten der ScoolCard: Das Land Baden-Württemberg stelle, so Watteroth, Gelder für die Rückerstattung von Schülertickets für den Monat April 2021 zur Verfügung. Hierfür werde ein Hilfs-Paket von insgesamt 20 Millionen Euro geschnürt. Voraussetzungen: Besitz einer noch gültigen Monatskarte im Monat März und Wohnsitz in Baden-Württemberg
„bwTreueBonus": Die Verkehrsverbünde werden den Abonnenten im öffentlichen Personennahverkehr, die bis März 2021 ihr Abonnement aufrechterhalten, einen Treuebonus gewähren. Dieser betrage eine halbe Monatsrate des Abonnementpreises. Das Land stelle hierfür rund 18 Millionen Euro zur Verfügung. Den „bwTreueBonus" erhielten alle Kunden des Nahverkehrs mit einem Jahresticket sämtlicher Tarifgattungen beziehungsweise des Jahrestickets der Deutschen Bahn, das im März 2021 gültig ist.

Diskussion im Gemeinderat
Im Gemeinderat wird die Thematik kontrovers und teilweise sehr kritisch geführt. U.a. spricht GR Roland Rädle (CDU) von einem abendfüllenden Thema. Fraglich für ihn sei die Transparenz bei der Gesamtsumme der ÖPNV-Kosten und wie sich diese Position künftig entwickelt. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) kritisiert sehr deutlich, dass detaillierte Wirtschaftspläne sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft weiterhin fehlten. Diese seien immer nur angekündigt worden. GR Michael Wenz (Freie Wähler) regt an, den 10 Minuten Takt der S 5 im Pfinztal auf Karlsbad zu übertragen.
Dezernent Watteroth führt aus, dass man beim Thema 10 Minuten Takt sich ein Buskonzept überlegen müsse und auch eventuell mehr Fahrzeuge mit der Folge höherer Kosten eingesetzt werden müssten.
In Bezug auf die Kosten des ÖPNV müsse man mit einem weiteren Anstieg rechnen. Ursache dafür seien u.a. die Corona-Pandemie und auch ein steigender Leistungsumfang. 2020 sei alles rollende Material auf die Schiene gekommen. Zum Thema Vertragswesen und

Transparenz der Kosten informiert er, dass das Gutachten zu dem Thema abgeschlossen sei. Es gebe einen Übergangsvertrag für die Leistungen und Vergütungen bis zum Jahr 2022. Dieser regle alle Einzelheiten genau. 2020 seien massiv Einnahmen weggebrochen die zu 90 Prozent durch den Rettungsschirm des Bundes abgefedert werden konnten. Wie es 2021 weitergehe sei unsicher. Die Wirtschaftspläne die vorgelegt worden seien, seien transparent. Es gebe jedoch Kosten- und Einnahmeprobleme. Er bietet OV Karcher an, bei Bedarf für Interessierte intensiv Einblick in das Thema allerdings aufgrund der umfangreichen Unterlagen im Landratsamt zu ermöglichen. Ansonsten werden die Kosten entsprechend vom Landkreis geprüft und an die Kommunen dann die Endabrechnung weitergegeben.

GR Michael Nowotny (SPD) möchte wissen, ob die Kosten bei 15 bzw. 20 Minuten S-Bahn Taktung darstellbar sind. Diese müssten, so Watteroth, ermittelt werden. Pro Zugkilometer koste der Betrieb 7 Euro. Grundlegend müsste jedoch vorrangig geprüft werden, ob zusätzlicher Zugverkehr überhaupt auf der Strecke machbar sei.
GR Hans Kleiner (Freie Wähler) fordert, dass alle Ortsteile gleichmäßig bedient werden sollen. In Auerbach würden am Wochenende keine Busse mehr fahren, auch für Rollstuhlfahrer gebe es Barrieren. Eine AST-App wäre sinnvoll. Watteroth erläutert, dass er als Möglichkeit für Auerbach den sogenannten “On-Demand-Verkehr” sehe. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass der Landkreis Fördermittel dafür bekomme. Der Vorsitzende meint abschließend, dass die Gemeinde dabei sei, das Thema nach Prioritäten sinnvoll zu planen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Informationen zur Kenntnis nehmen.

Zur Kenntnis genommen

zu 5 Erlass einer Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanverfahrens "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1083/2021

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und bemerkt, dass der Verwaltung seit Anfang März die Ergebnisse der Lärmausbreitung vorliegen und diese ausgewertet würden. Man benötige hierfür Zeit und wolle daher die Veränderungssperre verlängern.

GR Günter Denninger (CDU) sagt, dass er sich mit der Historie in dem Gebiet befasst habe. Seiner Ansicht nach sei bei dem ursprünglich reinen Wohngebiet den Begehrlichkeiten von anderen Nutzungswünschen nachgegeben worden. Das Thema sei dann “übergekocht” und man sei so in die jetzige Situation gekommen. Es habe schon länger Fehlentwicklungen gegeben. Für die Zukunft dürfte man Begehrlichkeiten nicht nachgeben, sondern solle sich an die Vorgaben halten. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Geschäftsleben müssten berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es bei dem Top nicht um eine Grundsatzdiskussion, sondern lediglich um eine Verlängerung der Veränderungssperre gehe. Die Diskussion könne im

Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu einem späteren Zeitpunkt geführt werden. Man nehme die Stellungnahme zur Kenntnis.

Antrag an den Gemeinderat:

Die Geltungsdauer der vom Gemeinderat am 15.05.2019 beschlossenen Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Badwiesen“ in Karlsbad-Langensteinbach wird gemäß § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr verlängert und die in der Anlage beigefügte Satzung beschlossen.

Einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung Beschaffung Leihgeräte für Lehrkräfte (Programm/Vereinbarung Digitalpakt Schule 2019/2024) Vorlage: 10/1078/2021

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Sachverhalt. Er erläutert u.a. dass die Gemeinde Karlsbad aus Bundesmitteln rund 97.000 Euro für Leihgeräte erhält. Die Schulen sollen in die Lage versetzt werden, Lehrkräften geeignete schulgebundene mobile digitale Endgeräte für den Unterricht in der Schule oder beim Distanzlernen sowie zur allgemeinen Unterrichtsvor- und -nachbereitung leihweise zur Verfügung zu stellen.
Geeignete schulgebundene mobile Endgeräte seien Notebooks oder Tablets, nicht aber Smartphones, sofern sie in die durch den DigitalPakt Schule geschaffene Infrastruktur integrierbar sind. Die Geräte seien zentral administriert sowie personenunabhängig und rechtskonform konfiguriert. Es sei technisch so möglich, dass sich rechtskonform verschiedene Nutzende ein Endgerät teilen können. Die passenden Endgeräte könnten sowohl im Unterricht in der Schule, als auch für das Distanzlernen und den Hausunterricht für die allgemeine Vor- und Nachbereitung von Unterricht genutzt werden. Die Gemeinde beschaffe Geräte mit Zubehör in Absprache zu den technischen und pädagogischen Anforderungen mit den Schulen vor Ort. Die beschafften Geräte bleiben im Eigentum der Gemeinde. Sie werden mit Zubehör an den Schulen Lehrkräften nach Bedarf leihweise zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Wartung und Support der Geräte und des Zubehörs obliegen der Gemeinde Karlsbad als Eigentümer. Insgesamt würden nach Abstimmung mit den Schulen 226 Geräte beschafft. Kleiner verdeutlichte, dass die über die Zuweisungen erhaltenen Summen bei der Gemeinde nicht den Bedarf abdeckten. Hierbei nicht eingerechnet seien Personalkosten, sonstige Verwaltungs- und Lizenzkosten etc. Auch bezüglich eventueller Ersatzbeschaffungen in zukünftigen Jahren seien im Förderprogramm keine Aussagen getroffen. Man müsse davon ausgehen, dass diese Ersatzbeschaffungen genau wie die Ausstattung der Schulen im Digitalbereich und die Endgeräte bei den Schülern komplett bei der Gemeinde verbleiben. Mit einer Lieferung sei frühestens Juli/ August 2021 zu rechnen.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) findet die Beschaffung gut, sieht jedoch die künftigen Kosten kritisch und das Konnexitätsprinzip als nicht beachtet. Die jetzigen Kosten seien nur die “halbe Miete”. Die künftigen Kosten müssten dargestellt werden. Der Vorsitzende sagt, dass die Gemeinde die Abschreibungen der Geräte im Haushalt berücksichtige. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob man zusätzliche IT-Stellen benötige. HAL Kleiner antwortet, dass man mit einem höheren Aufwand rechnen müsse und man ausprobiere, inwieweit man diesen mit den vorhandenen Personalmöglichkeiten abdecken könne. Das Kon-

nexitätsprinzip greife nicht, so GR Roland Rädle (CDU). Die Gemeinde sei für die Ausstattung als Schulträger zuständig.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Informationen zum Programm und der Beschaffung Leihgeräte für Lehrer zur Kenntnis nehmen, und den Auftrag zur Lieferung und Geräte an die Fa. Bechtle GmbH, Karlsruhe zum Preis von 148 528,66€ beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Genehmigung von Protokollen

GR Günter Denninger (CDU) moniert die verspäteten Eingänge der Protokolle. Er erläutert nochmals, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderates bezüglich der anzuwendenen Verfahren geändert werden sollte. Es fehle das elektronische Verfahren. Er bittet, dies zu ändern. Die Verwaltung nimmt die Bitte auf. Das Protokoll vom 24. Februar wird einstimmig genehmigt.

zu 8 Verschiedenes

Nichts.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson